

WÄHRUNGSUNION

Merkel setzt ihre Partner in Europa unter Zugzwang

Über Griechenland hängt ein Damoklesschwert, und es hängt nur noch an einem sehr dünnen Faden. Der Verlust des Euros ist für das Land zur realen Bedrohung geworden. Regierung und Opposition in Athen haben nur noch bis Dezember Zeit, einen nationalen Reformkonsens zu schmieden. Andernfalls scheuen Bundeskanzlerin Angela Merkel und Staatspräsident Nicolas Sarkozy nicht mehr davor zurück, die Zahlungen an Hellas endgültig einzustellen und das Land damit zum Austritt aus der Euro-Zone zu zwingen.

Für Europa wäre das ein historischer Wendepunkt: Die seit der Euro-Einführung im Jahr 1999 stetig wachsende Währungsunion könnte erstmals schrumpfen. Womöglich bleibt Hellas kein Einzelfall. Portugal fehlt ebenso wie Griechenland die ökonomische Basis, um dauerhaft mit den wettbewerbsstarken Euro-Staaten mithalten zu können. Italien verfügt zwar über eine starke Volkswirtschaft, doch eine unfähige politische Klasse droht das Land in den Abgrund zu reißen.

Die Genugtuung all jener, die dem Experiment Euro immer schon ein schlechtes Ende vorhergesagt haben, kann man sich sehr gut ausmalen. Doch die vielen Euro-Skeptiker in Großbritannien, Schweden, Dänemark, Amerika und auch in Deutschland freuen sich zu früh. Sollte die Währungsunion tatsächlich ihre schwächsten Mitglieder verlieren, so könnte sie selber daraus gestärkt hervorgehen. Austritt bedeutet für die Euro-Zone nicht automatisch Rückschritt, und Reduktion muss nicht in Erosion münden.

Im Gegenteil: Viel spricht dafür, dass sich die Staaten, die den Euro behalten, viel enger zusammenschließen werden, als es vor dem Ausbruch dieser Jahrhundertkrise vorstellbar war. „Wenn sonst, wenn nicht jetzt, muss Europa seine Stunde erkennen“, schrieb der langjährige deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher und forderte einen „neuen Akt der Selbstbesinnung“.

Ruth Berschens



Die Kanzlerin treibt die Euro-Zone mit Macht voran. Vielleicht werden nicht alle 17 Mitgliedstaaten das Tempo halten können.

Herr Genscher, Europa ist schon mittendrin!

Wer das nicht glauben will, der sollte sich die rasante europapolitische Entwicklung der Bundeskanzlerin vor Augen führen. Als Angela Merkel ihr Amt vor sechs Jahren antrat, fehlte ihr jegliche europäische Vision. Zwar nutzte sie 2007 die deutsche EU-Präsidenschaft, um den EU-Vertrag von Lissabon zu retten, der nach gescheiterten Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden gefährdet war. Doch damit sah Merkel ihre europäische Mission als erfüllt an. Fortan beschäftigte sie sich nur noch damit, die Reste des Nationalstaates gegen Übergriffe der EU zu verteidigen.

Die Schuldenkrise hat Merckels Denken fundamental verändert: Sie bremst Europa nicht mehr aus, sondern sie gibt mehr Gas als alle anderen. Erst sorgte die Kanzlerin dafür, dass die EU-Kommission im Rahmen des sogenannten Europäischen Semesters Zugriff auf die nationale Haushaltsplanung bekommt. Dann bildete sie gemeinsam mit dem französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy jene Euro-Wirtschaftsregierung, die sie vor der Krise noch vehement abgelehnt hatte. Und jetzt drängt Merkel sogar darauf, im EU-Vertrag auf ein Stück nationale Souveränität in der Haushalts- und

Wirtschaftspolitik zu verzichten. So viel Europa war nie in Berlin.

Merkel prescht so schnell voran, dass andere EU-Staaten gewaltig unter Zugzwang geraten. In Großbritannien und Schweden wächst die berechtigte Sorge, dass sie den Anschluss an die Euro-Zone verlieren. Der Lissabon-Vertrag schützt sie nicht vor dieser Gefahr. Er erlaubt sogar ausdrücklich, dass sich innerhalb der EU Kerngruppen von mindestens neun Staaten bilden. Diese sogenannte „verstärkte Zusammenarbeit“ könnte bald Gestalt annehmen: Die Währungsunion nähert sich – wenn auch nur in kleinen Schritten – der europäischen Haushaltshoheit. Und mit der Finanztransaktionssteuer ist erstmals eine europäische Abgabe am Horizont erschienen.

An dieser Integration auf höchstem Niveau werden sich nicht alle 27 EU-Staaten beteiligen. Vielleicht schaffen es noch nicht einmal alle 17 Euro-Staaten. Doch die Langsamsten können das Tempo nicht mehr bestimmen. Die Währungsunion hat nichts von ihrer Attraktivität eingebüßt. Polen, Ungarn und Litauen wollen ihr immer noch beitreten – trotz Krise und trotz eines kostspieligen Euro-Rettungsschirms. Auch deshalb ist Politikwissenschaftler Werner Weidenfeld überzeugt davon, dass „die differenzierte Integration Europas Zukunft bestimmt“.

Und was bedeutet das alles für Griechenland? Falls das Land die Drachme tatsächlich wieder einführen muss, droht Hellas erst einmal ein ökonomischer Schock mit dramatischen Folgen: Inflation, Kapitalflucht, Arbeitslosigkeit. Das Land würde dann noch dringender als jetzt Hilfe Europas benötigen. Deshalb dürfen die Griechen mit dem Euro keinesfalls auch ihre EU-Mitgliedschaft verlieren. Wer behauptet, dass das eine nicht ohne das andere geht, der treibt ein gefährliches Spiel.

Die Autorin leitet das Handelsblatt-Büro in Brüssel. Sie erreichen sie unter: berschens@handelsblatt.com